Synopsis Satzungsänderung zum 08.05.2019

Satzung vom 04.05.2011	Satzungsänderung zum 08.05.2019	Begründung
<p>§ 4a Datenschutz, Absatz 1, Satz 2 Die Vorstandschaft wird ermächtigt, diese Datenschutzordnung mit einfacher Mehrheit den aktuellen Änderungen im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) anzupassen.</p>	<p>§ 4a Datenschutz, Absatz 1, Satz 2 Die Vorstandschaft wird ermächtigt, diese Datenschutzordnung mit einfacher Mehrheit den jeweils gültigen gesetzlichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen anzupassen. Absatz 3: Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Pflichten nach den gesetzlichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bestellt der geschäftsführende Vorstand – falls erforderlich – einen Datenschutzbeauftragten.</p>	<p>Die Änderung wird erforderlich aufgrund der geänderten gesetzlichen Bestimmungen (DSGVO) nötig.</p>
<p>§ 11 Der Beirat Absatz 1 Zur Unterstützung des Vorstandes, insbesondere in Fragen des Sportbetriebes, wird ein Beirat gebildet, der mindestens drei Mitglieder hat. Absatz 2 Dem Beirat gehören je ein Mannschftsvertreter an. Absatz 3 Weitere Funktionsträger werden von der Mitgliederversammlung in den Beirat gewählt. Der Beirat kann weitere Mitglieder hinzuziehen.</p>	<p>§ 11 Der Beirat Absatz 1 Zur Unterstützung des Vorstandes, insbesondere in Fragen des Sportbetriebes, wird ein Beirat gebildet. 2. Halbsatz entfällt. Absatz 2 Dem Beirat gehört je ein Vertreter</p> <ul style="list-style-type: none"> • aus dem aktiven Damenbereich • aus dem aktiven Herrenbereich • aus dem Mixed / Freizeit-Bereich <p>an. Absatz 3 Weitere Funktionsträger (z.B. bei anstehenden größeren Baumaßnahmen des Vereins) können auf Antrag der Mitgliederversammlung in den Beirat gewählt werden. Satz 2 entfällt.</p>	<p>§ 11 war unvorteilhaft formuliert. Unklar war die Anzahl der Beiratsmitglieder, da keine Obergrenze enthalten war (Beiratsgröße war von Anzahl der Mannschaften abhängig). Wir haben die Beiratsmitglieder in Absatz 2 benannt, der Jugendbereich wird bereits durch den Jugendwart vertreten, der Beachbereich durch den Beachwart. Weiter war der Begriff „weitere Funktionsträger“ zu unbestimmt. Wir haben versucht, dies beispielhaft darzustellen. Satz 2 des Absatzes 3 entfällt, da dies zu einer Erweiterung des erweiterten Beirates führen würde, in dem jedes Mitglied wiederum, Stimmrecht bei Vorstandsbeschlüssen hat.</p>

<p>§ 13 Mitgliederversammlung Absatz 1 In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied ab 16 Jahre – auch ein Ehrenmitglied – eine Stimme. Die Übertragung der Ausübung des Stimmrechts auf andere Mitglieder ist nicht zulässig. Das Stimmrecht Minderjähriger bedarf der Genehmigung der/des gesetzlichen Vertreter/s.</p> <p>Absatz 2 Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wahl, Abberufung und Entlastung des Vorstandes, 2. Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Vereinsauflösung, über Vereinsordnungen und Richtlinien, 3. Ernennung besonders verdienstvoller Mitglieder zu Ehrenmitgliedern, 4. Beschlussfassung zur Einrichtung einzelner Abteilungen, 5. Weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach Gesetz ergeben. <p>Absatz 5 Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich verlangt und begründet. Die Ergänzung ist zu Beginn</p>	<p>§ 13 Mitgliederversammlung Absatz 1 In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied ab 16 Jahre – auch ein Ehrenmitglied – eine Stimme. Die Übertragung der Ausübung des Stimmrechts auf andere Mitglieder ist nicht zulässig. Satz 3 entfällt. Neuer Satz 3: Das Stimmrecht juristischer Personen ist auf die jeweiligen gesetzlichen Vertreter beschränkt.</p> <p>Absatz 2 Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wahl, Abberufung und Entlastung des Vorstands, 2. Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Vereinsauflösung, 3. Ernennung besonders verdienstvoller Mitglieder zu Ehrenmitgliedern, 4. Beschlussfassung zur Einrichtung einzelner Abteilungen, 5. weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach Gesetz ergeben. <p>Absatz 5 Jedes Mitglied hat die Möglichkeit, Änderungen zur Tagesordnung zu beantragen und Anträge zu stellen. Dies muss bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten</p>	<p>Zu Absatz 1: Es wurde beim Satzungscheck empfohlen, das Stimmrecht entweder auf 16 Jahre oder auf 18 Jahre festzulegen, da die Kontrolle der Genehmigung des Stimmrechts Minderjähriger durch ihre gesetzlichen Vertreter im Einzelfall schwer kontrollierbar ist. Wir haben uns für ein Stimmrecht ab 16 Jahren entschieden. Das Stimmrecht juristischer Personen war bisher nicht geregelt. Deshalb wurde Satz 3 neu eingefügt.</p> <p>Zu Absatz 2: Unter Nr. 2 wurden die Aufzählungen „Vereinsordnungen und Richtlinien entfernt, da die Genehmigung von Ordnungen bereits abschließend geregelt ist (z.B. Beitragsordnung und Datenschutzordnung durch Vorstand, Jugendordnung durch Jugendversammlung).</p> <p>Zu Absatz 5 In Absatz sollte überlegt werden, ob man nicht die Möglichkeit Anträge zu stellen in die Satzung aufnimmt. Eine Antragstellung ist zwar letztlich auch eine Ergänzung der</p>
--	---	---

<p>der Versammlung bekannt zu machen.</p>	<p>Termin schriftlich erfolgen und ist zu begründen. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekannt zu machen.</p>	<p>Tagesordnung, für das jeweilige Mitglied wird es jedoch klarer, dass die Möglichkeit besteht, Anträge zu stellen. Diesem Vorschlag beim Satzungscheck wird hiermit gefolgt.</p>
---	--	--